

---

**DER VORSITZENDE**

---

Hamburg 09 11 2012  
Herbstsitzungen des Wissenschaftsrates

---

**PROFESSOR DR.-ING. WOLFGANG MARQUARDT**

---

# Demographische Entwicklung und Qualifizierung von Fachkräften

## **BERICHT DES VORSITZENDEN ZU AKTUELLEN TENDENZEN IM WISSENSCHAFTSSYSTEM**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist unter meinem Vorgänger zur Tradition geworden, dass der Vorsitzende des Wissenschaftsrates einmal im Jahr vor die Vollversammlung tritt und einen Bericht zu aktuellen Tendenzen im Wissenschaftssystem ablegt – in diese Tradition darf ich mich nun zum zweiten Mal in meiner Amtszeit stellen. Mit dem demographischen Wandel, der unsere Gesellschaft in den kommenden Jahrzehnten erfassen wird, möchte ich dafür heute ein Themenfeld in den Blick nehmen, das die zukünftige Entwicklung des höheren Bildungs- und Ausbildungssystems grundlegend und in vielfältiger Weise bestimmen wird. Dabei möchte ich versuchen, in diesem Feld die zentralen Herausforderungen und Fragen zu identifizieren, mit denen sich der Wissenschaftsrat in seiner zukünftigen Arbeit näher befassen sollte.

Meine Damen und Herren, ich bin 1956 in Böblingen geboren worden. Ich gehöre also zu den ersten Jahrgängen der Generation, die als „Baby-Boomer“ bezeichnet wird. Und damit bin ich in diesem Gremium nicht allein: Ein Blick in Ihre Lebensläufe hat mir gezeigt, dass in beiden Kommissionen des Wissenschaftsrates jeweils fast die Hälfte der Mitglieder zu den kinderreichen Jahrgängen 1955–65 gehört.

Unsere Generation wird jedoch ab Ende dieses Jahrzehnts nach und nach aus dem Berufsleben ausscheiden und – so kokett das auch klingen mag – wir werden eine große Lücke hinterlassen. So wird beispielsweise der letzte „Baby-Boomer“-Jahrgang 1965, der mit einer Geburtenrate von 17,4 Lebendgeborenen je 1.000 Einwohner der geburtenstärkste Jahrgang der Nachkriegsgeschichte ist, um das Jahr 2030 herum den Arbeitsmarkt verlassen. Ersetzen muss ihn dann der Jahrgang 2010, in dem die Geburtenrate mit 8,3 bei weniger als der Hälfte des Wertes von 1965 lag. Die relativ kleine Kohorte der in den letzten zehn Jahren Geborenen wird uns allerdings auf dem Arbeitsmarkt nicht nur ersetzen müssen, sie muss auch unsere Altersversorgung erwirtschaften und gleichzeitig die maroden öffentlichen Haushalte sanieren. Um diese Herausforderungen ohne erhebliche soziale Verwerfungen meistern zu können, muss Deutschland seine Weltmarktposition und sein Wohlstandsniveau erhalten. Dafür ist die Volks-

wirtschaft allerdings auf hochqualifiziertes Personal angewiesen – und hier zeichnet sich derzeit ein Mangel, möglicherweise sogar ein gravierender Mangel, an sowohl akademisch als auch beruflich ausgebildeten Fachkräften ab.

Blicken wir über die Grenzen Deutschlands und Europas hinaus, sieht die demographische Entwicklung allerdings häufig völlig anders aus. Die Weltbevölkerung wächst rasant; viele Staaten – insbesondere auf der arabischen Halbinsel, dem indischen Subkontinent und in Afrika – weisen Geburtenzahlen von jährlich über zwanzig bis hin zu vierzig Lebendgeborenen je 1.000 Einwohner auf, denen gegenüber sich der deutsche „Baby-Boom“ der 1950er und -60er Jahre mehr als bescheiden ausnimmt.

In einer globalisierten Welt liegt der Gedanke nahe, dass die hierzulande drohende Fachkräftelücke ganz einfach durch Immigration geschlossen werden könnte. Dabei sollte sich die Politik allerdings nicht allein auf den Zuzug von jungen Akademikern und beruflich Qualifizierten aus den gegenwärtigen Krisenländern des Euro-Raums stützen. Vorübergehend kann diese Zuwanderung zwar helfen, die gegenläufigen Arbeitsmarktentwicklungen abzufedern. Langfristig würden solche Migrationsströme jedoch in den Herkunftsländern – die selber in unterschiedlichem Ausmaß von einer Alterung ihrer Gesellschaften betroffen sind – zu einem nachhaltigen Verlust an Humankapital führen und die gegenwärtige Krise dadurch strukturell vertiefen. Das kann nicht im Sinne eines europäisch denkenden Deutschlands sein, das zudem erhebliche Transferleistungen zur Stützung der dann in einer dauerhaften Strukturschwäche gefangenen Volkswirtschaften zu leisten hätte.

Eine weitsichtige Zuwanderungspolitik muss ihren Blick also verstärkt auch auf außer-europäische Regionen richten, dabei aber ebenfalls die unklaren Auswirkungen auf die volkswirtschaftliche Entwicklung der Herkunftsländer im Blick behalten. Der Erfolg einer solchen Zuwanderungspolitik wird dabei von der Frage abhängen, ob es uns gelingt, eine Berufstätigkeit in Deutschland für qualifizierte Fachkräfte aus Drittstaaten nachhaltig attraktiv zu machen. Ein ganz wesentlicher Faktor ist hier der Abbau bürokratischer Hürden. Ich weiß aus eigener Erfahrung im Rahmen der Rekrutierung von Nachwuchswissenschaftlern aus dem nicht-europäischen Ausland, wie abschreckend die komplizierten Verwaltungsvorgänge in deutschen Behörden wirken können. Auf dem Weg zur vielbeschworenen „Kultur des Willkommens“ haben wir sicherlich noch einiges an Strecke zurückzulegen. Die Erfahrungen mit wissenschaftlichem Nachwuchs wie auch mit Studierenden aus dem Ausland zeigen, dass hierfür nicht nur an den Hochschulen, sondern insbesondere in den einschlägigen kommunalen Behörden entsprechend geschultes Verwaltungspersonal mit guten fremdsprachlichen und kommunikativen Kompetenzen benötigt wird.

Einwanderung ist allerdings kein Allheilmittel. Die Integration ausländischer Fachkräfte ist, insbesondere wenn die Immigranten aus ganz anderen Kulturkreisen stammen, mit nicht unerheblichen Kosten – und ab einem gewissen Punkt eventuell sogar gesellschaftlichen Spannungen – verbunden. Aus volkswirtschaftlicher Sicht sind die Investitionen in die Ausbildung und Integration der Einwanderer zudem mit hohen Risiken be-

haftet, da viele von ihnen erfahrungsgemäß nur für einen begrenzten Zeitraum in Deutschland bleiben; teilweise üben ihre Herkunftsländer auch erheblichen sozialen oder sogar juristischen Druck aus, um sie mit ihrem neu erworbenen Know-how in die Heimat zurückzuholen. Darüber hinaus sind Migrationsströme bereits aufgrund ihrer Abhängigkeit von sogenannten Push-Faktoren – also den Bedingungen in den Heimatländern, die Abwanderung verstärken – sehr volatil. Diese Faktoren trugen dazu bei, dass beispielsweise im letzten Jahrzehnt das Wanderungssaldo für Deutschland zwischen einem Plus von 270.000 und einem Minus von 55.000 Personen schwankte.

Immigration kann daher zwar zur Schließung der Fachkräftelücke beitragen, vor dem Hintergrund der genannten Schwierigkeiten dürfen wir jedoch nicht ausschließlich auf diesen Faktor bauen. Das Herzstück jeder Politik zur Bewältigung des demographischen Wandels muss vielmehr eine bestmögliche Qualifizierung sowohl der nachfolgenden als auch der bereits im Erwerbsleben stehenden Generationen sein, um die Wirtschafts- und Innovationskraft unseres Landes verlässlich zu sichern. Und an dieser Stelle kommt nun das Bildungs- und Hochschulsystem ins Spiel.

Meine Damen und Herren, je deutlicher sich in den kommenden Jahren ein Mangel an hochqualifizierten Arbeitskräften zeigen wird, desto mehr werden sich die Hochschulen mit der gesellschaftlichen Erwartung konfrontiert sehen, im Spannungsfeld zwischen Bildung und Ausbildung verstärkt den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes Rechnung zu tragen. Auf diese Erwartungen werden wir bereits jetzt Antworten entwickeln müssen, wollen wir nicht mittelfristig die gesellschaftliche Relevanz des Hochschulsystems sowie in unausweichlicher Folge seine gesellschaftliche Akzeptanz und damit auch seine zentrale Finanzierungsgrundlage nachhaltig verspielen.

Doch was kann das konkret heißen: Arbeitsmarktbedürfnisse mitdenken? Auf den ersten Blick scheint hier ein planerischer Ansatz naheliegend. Dafür müssten wir den Bedarf an akademisch ausgebildeten Fachkräften – mit einem bestimmten fachlichen Hintergrund, mit bestimmten Studienschwerpunkten, zu einem bestimmten Zeitpunkt, in einer bestimmten Region – ermitteln und die Studierenden entsprechend ausbilden. Es gab Zeiten, da haben wir uns hier und dort solchen technokratischen Reflexen hingegen. Die damit verbundene Illusion von Kontrolle führt jedoch in die Irre. Denn wir kennen die Studienpräferenzen der Schulabsolventen nicht und wollen sie auch nicht lenkend beeinflussen. Genauso wenig wissen wir, wie sich einzelne Wirtschaftszweige entwickeln und welche neuen Branchen und Arbeitsprofile entstehen werden. Alle diesbezüglichen Prognosen sind mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Eine weit-sichtige Hochschulpolitik darf daher keinen Planungsphantasmen erliegen. Wir müssen vielmehr einen Ordnungsrahmen entwickeln, der mit einem Minimum an politischen Steuerungseingriffen kurzfristige Reaktionen des Hochschulsystems auf Entwicklungen des Arbeitsmarktes, genauso aber auch Reaktionen des Arbeitsmarktes auf Entwicklungen des Hochschulsystems ermöglichen. Für ein solches System wechselseitiger Beziehungen lautet das Schlüsselwort: Flexibilität.

Um ein höheres Maß an Flexibilität zu erreichen, müssen wir darüber nachdenken, wie sich die Hochschulpolitik im Spannungsfeld zwischen Planung und Markt stärker auf marktliche Mechanismen stützen kann. Zwar sehe ich den Bereich der Hochschulbildung selbst nicht als Markt, er steht jedoch in enger Beziehung zu einem Markt, nämlich dem Arbeitsmarkt. Unser Ziel müssen vor diesem Hintergrund Strukturen sein, die es dem Arbeitsmarkt erlauben, seine Anreizwirkungen auf Studieninteressierte und Hochschulen auszuüben. Denn wie jeder Markt ist der Arbeitsmarkt – trotz aller Rigiditäten – in der Lage, über die auf ihm gebildeten Preise Knappheiten anzuzeigen. Sollten der Wirtschaft in Zukunft beispielsweise vor allem beruflich ausgebildete Facharbeiter fehlen, wäre zu erwarten, dass deren Löhne relativ zu den Gehältern von Akademikern ansteigen; für den einzelnen Schulabsolventen wüchse dann die Attraktivität einer Berufsausbildung.

Im Idealfall wägt der einzelne Schulabsolvent seine verschiedenen Interessen gegeneinander ab und wählt so den für ihn optimalen Ausbildungsweg. Dabei sollte neben den persönlichen Fähigkeiten und Neigungen auch die berufliche Perspektive – also das erzielbare Einkommen und die Entwicklungsmöglichkeiten – ein maßgeblicher Entscheidungsfaktor sein. In der Realität müssen wir jedoch davon ausgehen, dass zusätzliche Einflussgrößen in den Abwägungsprozess eingehen, welche die idealerweise allein an den persönlichen Interessen und den Arbeitsmarktperspektiven ausgerichtete Entscheidung verzerren.

Oftmals spielt bei der Wahl des Ausbildungswegs das Streben nach den Distinktionsgewinnen eine entscheidende Rolle, die sich gesellschaftlich mit dem Erwerb akademischer Titel erzielen lassen. Ein Studium wird in der Regel nicht nur als höhere, sondern auch als höherwertige Bildung angesehen; vielfach ziehen leistungsstarke Schulabsolventen eine berufliche Ausbildung daher gar nicht in Betracht. Es besteht entsprechend die Gefahr, dass sich junge Menschen entgegen ihrer Neigungen und Fähigkeiten und entgegen ihrer beruflichen Perspektiven für ein Hochschulstudium entscheiden – diese Entscheidung widerspräche dann nicht nur ihren eigentlichen Interessen, sondern wäre auch aus volkswirtschaftlicher Sicht ineffizient.

Eine weitere Verzerrung der Ausbildungsentscheidungen ergibt sich aus der Asymmetrie in der Finanzierung der unterschiedlichen Wege. Eine Berufsausbildung wird privat finanziert: Von den Betrieben, die oft mehr in die Auszubildenden investieren, als sie während der Ausbildungszeit von diesen profitieren, aber auch von den Auszubildenden selbst, die häufig nur niedrige Einstiegsgehälter erhalten und für Fortbildungslehrgänge sehr erhebliche Gebühren zahlen müssen. Ein Hochschulstudium wird hingegen in fast allen Bundesländern allein von der Allgemeinheit finanziert. Dadurch gewinnt der Ausbildungsweg Studium sowohl für Schulabsolventen als auch für Unternehmen im Vergleich zur Berufsausbildung an Attraktivität: Die Studierenden erhalten ihre akademische Ausbildung kostenfrei; auch die Unternehmen müssen keinen Beitrag leisten und können Hochschulabsolventen daher mit entsprechend höheren Einstiegsgehältern locken.

Die Regierungen fast aller Bundesländer haben sich nach intensiven und schwierigen Debatten gegen die Erhebung von Studienbeiträgen entschieden. Angesichts der überall angespannten Haushaltssituationen und dem Investitionsbedarf im Hochschulbereich wage ich allerdings die Prognose, dass wir schon bald wieder über private Beiträge zur Studienfinanzierung – in welcher konkreten Ausgestaltung auch immer – werden diskutieren müssen. Neben den Ihnen bereits vertrauten Argumenten für solche Beiträge ergibt sich aus der Finanzierungsasymmetrie zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung nun ein weiteres: Nur wenn die private Seite auch an den Kosten eines Hochschulstudiums beteiligt wird, stellen wir in der Konkurrenz zwischen den beiden Ausbildungswegen gleiche Wettbewerbsbedingungen her.

Meine Damen und Herren, wir werden den sich verschärfenden Wettbewerb zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung um die kleiner werdende Gruppe der Schulabsolventen nicht auflösen können. Wir sollten uns allerdings die Frage stellen, wie diese Konkurrenz produktiv gestaltet werden kann. Eine wichtige Voraussetzung wird dafür sein, die beschriebene Finanzierungsasymmetrie abzubauen. Zudem müssen wir darüber nachdenken, wie das Verhältnis von akademischer und beruflicher Ausbildung enthierarchisiert und letztere gesellschaftlich aufgewertet werden kann. Wir als Wissenschaftsgemeinschaft sollten dafür verstärkt den Dialog mit der beruflichen Bildung suchen, um Wege zu diesem vermutlich nur langfristig erreichbaren Ziel zu definieren und zu beschreiten. Der demographische Wandel verlangt uns ab, gemeinsam das Verhältnis der verschiedenen post-schulischen Bildungswege zu überdenken und so zu justieren, dass der Arbeitsmarkt seine Anreizwirkung entfalten kann und ihm ein Kontinuum passgenauer Qualifikationsprofile zur Verfügung gestellt wird. Es stünde dem Wissenschaftsrat meines Erachtens gut zu Gesicht, hierbei in die Offensive zu gehen.

Wenn wir über Anreizstrukturen sprechen, sollten wir allerdings nicht allein Bildungswege und Arbeitsmarktbedürfnisse betrachten, wir müssen auch explizit die Hochschulen als Akteure in den Blick nehmen. Die Hochschulen haben derzeit mit Problemen zu kämpfen, die zunächst gar nicht zum Szenario einer schrumpfenden Bevölkerung und eines Fachkräftemangels zu passen scheinen – es sind restlos überfüllte Hörsäle, die den Hochschulleitungen unter den Nägeln brennen, keine aus der Form geratenen Bevölkerungspyramiden. Im vergangenen Jahr hat mit 53,3 % erstmals die Mehrheit eines Altersjahrgangs ein Studium aufgenommen. Trotz der hohen Studierendenzahlen kann es jedoch zu einem Mangel an akademisch qualifizierten Fachkräften kommen. Insbesondere im sogenannten MINT-Bereich wird von vielen Beobachtern eine Unterversorgung mit Hochschulabsolventen erwartet; den hohen Studierendenzahlen in vielen anderen Fächern steht hingegen nicht selten keine entsprechende Arbeitsmarktnachfrage gegenüber. Anscheinend mangelt es hier an Passgenauigkeit zwischen den von den Hochschulen vermittelten und den auf dem Arbeitsmarkt tatsächlich nachgefragten fachlichen Kompetenzen. Diese Entsprechung zu erhöhen ist angesichts der demographischen Entwicklung eine zentrale bildungspolitische Aufgabe.

Planerische Ansätze helfen uns allerdings auch hier nicht weiter. Niemand kann sicher vorhersehen, welche Fachkenntnisse in Zukunft auf dem Arbeitsmarkt benötigt werden;

und Schulabsolventen ungeachtet ihrer Eignung in vermeintliche Mangelfächer zu drängen, erhöht nur die Studienabbruchquote. Für den Arbeitsmarkterfolg ist auch nicht allein die Fachwahl von Bedeutung. Denn innerhalb der einzelnen Fächer gibt es ebenfalls erhebliche Heterogenitäten, vor allem aber ändern sich im Verlauf eines Erwerbslebens oft mehrfach die Branchen und Funktionen. Daher sind es in den meisten Fällen nicht technische Fähigkeiten und hochspezialisiertes Wissen, das der Arbeitsmarkt von Hochschulabsolventen erwartet, stattdessen sind grundlegende Problemlösungs- und Innovationsfähigkeiten gefragt. Benötigt wird außerdem die Kompetenz, zwischen unterschiedlichen Personen mit unterschiedlichen fachlichen Hintergründen zu vermitteln und dabei erfolgreich Synergien zu schaffen. Diese Fähigkeiten und Kompetenzen lassen sich zwar am erfolgreichsten fachbezogen vermitteln, sie sind aber nicht an bestimmte Studienfächer geknüpft.

Auch Maßnahmen zur Erhöhung der Passgenauigkeit zwischen den von den Hochschulen vermittelten und den auf dem Arbeitsmarkt benötigten Kompetenzen müssen sich daher auf flexiblere Mechanismen stützen. Eine einseitige Förderung einzelner Fächer wie dem MINT-Bereich griffe deutlich zu kurz. Stattdessen sollten wir darüber nachdenken, welche Anreize wir den Hochschulen setzen können, ein ausreichendes Gewicht auf vom Arbeitsmarkt nachgefragte Kompetenzen zu legen – ein möglicher Ansatzpunkt wäre hier unter Umständen die öffentliche Mittelvergabe. Ich möchte an dieser Stelle einen Mechanismus zur Diskussion stellen, der die finanzielle Ausstattung der Hochschulen in Zukunft stärker an den beruflichen Erfolg ihrer Graduierten knüpft. Die einzelne Hochschule müsste dabei nachweisen, dass ein Mindestanteil ihrer Absolventen – innerhalb einer geeigneten Frist – eine qualifikations-, dabei aber nicht zwingend fachadäquate Beschäftigung findet oder sich qualifikationsadäquat weiterbildet. Kann sie diesen Nachweis im Mittel mehrerer Abschlussjahrgänge nicht erbringen, verliert sie die für Ausbildungserfolge gezahlte Prämie. Dadurch erhielten die Hochschulen den Anreiz, vorrangig solche Studiengänge auszubauen, deren Absolventen auf dem Arbeitsmarkt stark nachgefragt sind; Studiengänge, deren Graduierte eher geringen beruflichen Erfolg haben, müssten hingegen tendenziell verkleinert oder die Qualität der jeweiligen Ausbildung verbessert werden. Ein solcher klarer ordnungspolitischer Mechanismus würde – ohne punktuelle Steuerungseingriffe der Politik – sicherstellen, dass unser Hochschulsystem nur in einer Qualität und in einem Umfang Akademiker ausbildet, die diesen mit ihrem jeweiligen fachlichen Abschluss gute Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt eröffnen.

Damit Sie mich nicht missverstehen: Mit diesem Gedankenspiel möchte ich sicherlich nicht einer stärkeren Berufsbezogenheit von Hochschulstudiengängen auf Kosten der Replizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses oder gar von Persönlichkeitsentwicklung und Bildung das Wort reden. Die akademischen Bildungseinrichtungen müssen sich im Rahmen ihrer Binnendifferenzierung Bereiche erhalten, in denen sich Wissenschaft frei von gesellschaftlichen Verwertbarkeitsansprüchen entfalten kann. Ich bin allerdings der festen Überzeugung, dass die Hochschulen gleichzeitig eine größere Sensibilität für die auf dem außer-wissenschaftlichen Arbeitsmarkt benötigten Kompe-

tenzen entwickeln müssen. Nur dann werden sie ihren Beitrag zur Bewältigung der demographischen Herausforderungen leisten können.

Wenn wir die Einführung einer solchen, vom Arbeitsmarkterfolg der Absolventen abhängigen Prämie in Betracht ziehen, stehen wir allerdings zunächst vor einer Reihe praktischer Probleme. Benötigt würde insbesondere eine klare und praxistaugliche Definition von Qualifikationsadäquanz, die unter anderem auch Formen der Selbständigkeit berücksichtigen können sollte. Zudem müssten wir über dämpfende Faktoren nachdenken, um sogenannte Schweinezyklen zu verhindern, die durch Veränderungen der Arbeitsnachfrage im Zeitraum zwischen der Aufnahme des Studiums und dem Eintritt in den Arbeitsmarkt entstehen könnten. Darüber hinaus wäre die Etablierung aussagekräftiger und flächendeckender Absolventenstudien notwendig, die den Hochschulen eine möglichst unbürokratische Nachweisführung erlauben. Diese Studien könnten dabei auch eine Rückmeldung über die von den Graduierten tatsächlich eingeschlagenen Berufswege geben und so beispielsweise zur Weiterentwicklung von Eignungsfeststellungsverfahren und Beratungsangeboten beitragen.

Eine Diskussion über eine Neuregelung der Mittelvergabe für Studienkapazitäten – jenseits von Instrumenten wie KapVO oder LOM – und die damit verbundene Schaffung neuer Anreizstrukturen erscheint mir in jedem Falle reizvoll und lohnenswert. Sie würde übrigens auch noch einmal Bewegung in die Debatte um die Bereitstellung von Kapazitäten für konsekutive Master-Studiengänge bringen. Denn bei einer erfolgsabhängigen Finanzierung von Studienplätzen müsste die Politik weder Übergangsquoten noch Kapazitäten vorgeben, es bliebe den Hochschulen stattdessen selbst überlassen, in welchem Umfang und in welchem Fach sie Master-Plätze anbieten. Sie müssten allerdings auch hier den Nachweis erbringen, dass ihre Absolventen mehrheitlich Tätigkeiten aufnehmen, für die der zusätzliche Abschluss Voraussetzung ist. Dann wäre sichergestellt, dass nicht deutlich über den Arbeitsmarktbedarf hinaus Studierende zum Master geführt werden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einmal auf das Stichwort Flexibilität zurückkommen. Wenn wir das Hochschulsystem auf die Herausforderungen des demographischen Wandels vorbereiten wollen, wird es nicht allein darum gehen, Anreizstrukturen zu schaffen, die das Zusammenspiel und die wechselseitigen Reaktionen von Arbeitsmarkt und Hochschulsystem flexibilisieren. Es wird darüber hinaus auch darum gehen müssen, die Bildungsbiographien flexibel zu gestalten. Das bedeutet einen Abschied sowohl von der traditionellen Vorstellung dreier klar voneinander abgegrenzter Lebensphasen Ausbildung/Berufstätigkeit/Ruhestand als auch von der scharfen Trennung zwischen beruflicher und akademischer Bildung.

Leider ist in den letzten Jahren die Wendung vom „Lebenslangen Lernen“ zu einem abgedroschenen Schlagwort verkommen. Das ist bedauerlich, denn angesichts des sich beschleunigenden demographischen Wandels ist das Thema aktueller denn je. Durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit steigt das Durchschnittsalter der Erwerbstätigen – und damit auch die zeitliche Distanz zu ihrer eigenen Ausbildung. Zudem findet

aufgrund der rückläufigen Neueintritte in den Arbeitsmarkt die natürliche Erneuerung des Know-hows nur noch in immer geringerem Maße statt. Unsere wissensintensive und von immer kürzer werdenden Innovationszyklen geprägte Volkswirtschaft kann sich eine Veraltung ihres Know-hows schon gar nicht leisten; die stetige Weiterqualifizierung auch während des Berufslebens muss daher – übrigens auch ganz unabhängig von den Herausforderung des demographischen Wandels – zur Selbstverständlichkeit werden. Ein noch darüber hinaus gehender Bedarf an Weiterbildungsangeboten wird entstehen, wenn wir den Fachkräftebedarf in Zukunft verstärkt über Einwanderung zu decken versuchen. Die im Ausland erworbenen Qualifikationen der Immigranten müssen erfahrungsgemäß oft mit speziellen Fortbildungen ergänzt werden, um ihr Wissen und ihre Kompetenzen an die Bedingungen und Erwartungen des deutschen Arbeitsmarktes anzupassen.

Trotz des volkswirtschaftlich unstrittigen Bedarfs an Weiterbildung bleiben bisher sowohl das Angebot als auch die Nachfrage deutlich hinter den Erwartungen zurück. Über die Gründe kann ich nur spekulieren. Sicherlich spielt eine Rolle, dass die Hinwendung zu lebenslang wiederkehrenden Qualifikationsphasen den Hochschulen einen tiefgreifenden Mentalitätswandel abverlangt. Sie müssten sich dafür stärker auf die – insbesondere an Universitäten nach wie vor als randständig wahrgenommene – Klientel älterer und berufserfahrener Studierender mit heterogenen Voraussetzungen und eigenen Ansprüchen einstellen. Bisher scheuen die Hochschulen diese organisatorische und didaktische Herausforderung. Zudem würde eine Dreiteilung der Lehre in grundständiges Bachelor-Studium, Graduierten-Studium und Weiterbildungsangebote den Anteil forschungsnaher Lehrveranstaltungen auf ein Drittel reduzieren. Welche Anreize der Professorenschaft für ein entsprechend stärkeres Engagement in Grundlagenveranstaltungen gesetzt werden müssten und wie die zusätzlichen Angebote – bei gegebenen Personalressourcen – durch eine Umverteilung von Lehrkapazitäten zu leisten sein könnten, sind hier offene Fragen. Mittelfristig wird der demographische Wandel den erforderlichen Mentalitätswandel jedoch erzwingen. In spätestens 15 Jahren wird sich die Mehrheit der Hochschulen mit sinkenden Studierendenzahlen konfrontiert sehen. Einige Hochschulen werden dann erstmals international konkurrenzfähige Betreuungsmöglichkeiten anbieten können, andere werden von Rückbau- und Schließungsplänen betroffen sein. In dieser Situation kann ein verstärktes Engagement im Weiterbildungsbe-  
reich zu einer hochschulischen Überlebensstrategie werden. Die Politik ist an dieser Stelle gefordert, zur Finanzierung der Konzeptions- und Pilotphase von Weiterbildungsangeboten beizutragen, um die damit verbundenen Investitionsbelastungen und -risiken für die Hochschulen tragbar zu machen.

Die notwendige Flexibilisierung der Berufsbiographien betrifft jedoch nicht nur die Anordnung der Ausbildungsphasen über die Lebenszeit, sondern auch die Schnittstelle zwischen beruflicher und akademischer Bildung. Um die Bildungspotentiale unserer Gesellschaft in Zukunft optimal ausschöpfen zu können, müssen wir eine möglichst hohe Durchlässigkeit zwischen den beiden Ausbildungssektoren schaffen. Dies hätte



auch unmittelbar positive sozialpolitische Effekte, indem für Schüler aus bildungsferneren Milieus die Zugangshürden zum Hochschulstudium gesenkt würden.

Leider sind wir jedoch von wirklicher Durchlässigkeit noch weit entfernt; noch immer werden Berufsausbildung und Hochschulstudium als zwei streng voneinander getrennte Bereiche empfunden. Zwar strömen mittlerweile in erheblichem Umfang Ausbildungsabsolventen an die Fachhochschulen, Übergangsmöglichkeiten von der akademischen in die berufliche Bildung sind hingegen bisher gar nicht etabliert – diese Wechsel werden leider nach wie vor häufig als Scheitern empfunden. Vor allem aber fehlt es an einer verlässlichen gegenseitigen Anerkennung von Lernleistungen, die eine flexible Gestaltung von Bildungsbiographien ermöglichen würde, ohne dass es durch die Reihung von Ausbildung und Studium zu erheblichen Zeitverlusten kommt. Die Bereiche der beruflichen und der akademischen Bildung müssen hier ihre Berührungspunkte abbauen und zu transparenten Anerkennungsregeln finden.

Auch curriculare Verzahnungen stellen eine Möglichkeit dar. In einigen anspruchsvollen und wissensintensiven Ausbildungsgängen erscheint mir eine Anreicherung mit akademischen Ausbildungsmodulen sinnvoll. Das spiegelbildliche Modell dualer Studiengänge, das Ausbildungsinhalte in ein Hochschulstudium integriert und den Absolventen auf diese Weise ein sehr breites Kompetenzprofil vermittelt, ist bereits heute sehr erfolgreich. Dieses Hybridmodell boomt in besonderem Maße im Südwesten Deutschlands. Ein Rezept, das auf der schwäbischen Alb funktioniert, muss allerdings noch lange nicht auch in Bremen oder Mecklenburg funktionieren.

Meine Damen und Herren, wir stoßen hier auf eine weitere Dimension, in der Flexibilität eine sehr große Rolle spielt: die regionale Dimension. Es ist für den Erfolg aller bildungspolitischen Maßnahmen zur Bewältigung des demographischen Wandels existenziell, dass sie spezifische regionale Gegebenheiten explizit in den Blick nehmen. Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland ist regional sehr heterogen. Wir beobachten unterschiedliche Geburtenraten und – bei Personen im Erwerbsalter – erhebliche Wanderungsbewegungen. So haben in den Jahren 1995–2010 insbesondere einige westdeutsche Groß- und Universitätsstädte wie München oder Münster ein deutliches Bevölkerungswachstum von mehr als 5 % erfahren, während viele ländliche Regionen – insbesondere Ostdeutschlands – im gleichen Zeitraum mit rasant sinkenden Einwohnerzahlen zu kämpfen hatten. Die Landkreise Mansfeld-Südharz und Saale-Orla haben beispielsweise einen Rückgang von weit mehr als 10 % erfahren. In diesen Regionen ist zugleich die Alterung der Bevölkerung bereits besonders fortgeschritten, sie erlauben daher einen Blick in die Zukunft, vor welchen Herausforderungen in zwanzig bis dreißig Jahren die Mehrheit der Regionen stehen wird.

Aus der ausgeprägten regionalen Heterogenität ergeben sich auch zentrale Rahmenbedingungen für die zukünftige Ausrichtung und Positionierung von Hochschulen, da diese für die regionale Entwicklung eine wesentliche Rolle spielen können. Sie halten junge, biographisch vor der Familiengründung stehende Menschen in der Region, locken sie gar an und versorgen schließlich den regionalen Arbeitsmarkt mit hochqualifizier-

tem Personal. Das sollte uns jedoch nicht zu dem Trugschluss verleiten, dass die Ansiedlung kleiner Hochschulen oder Hochschulabteiler in strukturschwachen Gebieten ein simples Patentrezept wäre – ob sie tatsächlich positive regionalpolitische Effekte entfalten können, hängt stark von den jeweiligen Rahmenbedingungen ab. So dominieren beispielsweise in vielen ländlichen Regionen kleine mittelständische Unternehmen und Handwerksbetriebe, die oft einen nur geringen Bedarf an akademisch ausgebildeten Mitarbeitern haben. In einem solchen Kontext besteht die Gefahr, dass die Ansiedlung einer Hochschule der beruflichen Bildung Bewerber entzieht oder gar Abwanderungsbewegungen verstärkt, weil sie Absolventen hervorbringt, die auf dem regionalen Arbeitsmarkt keine adäquaten Beschäftigungsperspektiven vorfinden.

Diese zusätzliche Komplexität, die durch die regionale Dimension in die Debatte kommt, dürfen wir keinesfalls scheuen. Denn wenn wir mit unseren Betrachtungen auf einer zu hoch aggregierten Ebene bleiben, übersehen wir zwangsläufig, dass der demographische Wandel in unterschiedlichen Regionen sehr unterschiedliche Triebfedern hat – und auch bereits in sehr unterschiedlichem Maße fortgeschritten ist. Wir laufen dann Gefahr, bildungspolitische Konzepte zu entwerfen, die zu vielen Regionen gar nicht passen und damit die demographische Heterogenität in Deutschland verstärken, anstatt ihr entgegenzuwirken. Wenn wir hingegen die jeweiligen Gegebenheiten explizit mitdenken und spezifische Lösungen entwickeln, können beispielsweise auf die Region abgestimmte Studienangebote und Forschungsaktivitäten Instrumente zur Bewältigung spezifischer demographischer Herausforderungen sein – bis hin zur Trendumkehr.

Meine Damen und Herren, Sie merken, wenn wir den demographischen Wandel und seine vielfältigen bildungs- bzw. hochschulpolitischen Implikationen in den Blick nehmen, stehen wir vor einem weiten Feld – einem schwer zugänglichen, unübersichtlichen und von zahlreichen Hindernissen durchsetzten Feld. Ich hoffe, ich konnte dieses Areal mit meinen Überlegungen ein wenig abstecken und erste Anregungen liefern, wie es zu erschließen und zu bestellen sein könnte. Die rege Diskussion in der Vollversammlung der Frühjahrssitzungen hat mir gezeigt, dass dies im kommenden Jahr ein zentraler Arbeitsschwerpunkt des Wissenschaftsrates sein muss. Ich bin daher sehr gespannt auf die sich diesem Bericht anschließende Diskussion und insbesondere auf Ihre Anregungen, mit welchen Implikationen der demographischen Entwicklung und des zu erwartenden Fachkräftemangels wir uns – in einer oder mehreren Arbeitsgruppen – vorrangig befassen sollten.

Es ist unsere Generation der „Baby-Boomer“, die in erster Linie in der Pflicht steht, den demographischen Wandel zu gestalten. Dabei wird die Vorbereitung unseres Bildungs- und Hochschulsystems auf die kommenden Herausforderungen ein ganz zentraler Baustein sein müssen. Wie diese Vorbereitung ausfallen sollte, ist die Frage, die wir – die Vertreter von Politik und Wissenschaft – nun gemeinsam zu beantworten haben.

Vielen Dank.